

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsparablen und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Zeugungspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamenzeile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Freitag den 8. Juni 1928

Nummer 132

## „Im Namen des Volkes...“ Bündnis mit seinen Ausbeutern

### Beschluss der SPD-Führer zur Großen Koalition

Der Parteiausschuss der SPD hat so beschlossen, wie es zu erwarten war: Die Große Koalition, das Bündnis der Sozialdemokratischen Partei, der mehrere Millionen Arbeiter folgen, mit der Deutschen Volkspartei, der politischen Organisation der Herren der Truften, die dieselben Arbeitermassen in das Joch einer immer grausamer werdenden Lohn- und Preisdiktatur spannen. Wenn in Köln sich die Stimmen der sozialdemokratischen Arbeitermassen hätten Gehör verschaffen können — wer zweifelt daran, daß das Ergebnis der Beratungen ein anderes gewesen wäre. Aber in Köln entschied eine Bürokratie, die die Arbeiterklasse nur als willenloses Objekt ihrer Politik betrachtet. Die Hermann Müller, Hilferding und Severing, die zukünftigen Ministerpräsidenten, Finanzminister und Polizeiminister der Hindenburgrepublik, anerkannt nur eine Verantwortung, der sie ihrer Politik unterordnen. Sie sind treu ergebene Diener des bürgerlichen Staates, der Herrschaftsorganisation der immer mächtiger werdenden deutschen Bourgeoisie. Selbst ihrer eigenen Partei gegenüber, d. h. den sozialdemokratischen Arbeitermassen gegenüber, fühlen sie sich als vollkommen unabhängig und ohne Verantwortung. Es ist kein Zufall, daß das Organisationsstatut der SPD der parlamentarischen Fraktion für alle Regierungsverhandlungen völlig freie Hand läßt, und daß die Beschlüsse des Parteiausschusses nur die Bedeutung des Gutachtens haben. In der Sozialdemokratischen Partei darf es keine Kontrolle der Mitglieder über die Handlungen ihrer Führer geben. Diese Partei, deren Presse täglich über die Moskauer Diktatur jasetzt, hat in ihren eigenen Reihen das Prinzip der Demokratie, d. h. der Bestimmung der Politik von unten, das Prinzip der Kontrolle von unten nach oben vollkommen und reiflos ausgehöhelt.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß der oppositionelle Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitag einmütig abgelehnt wurde und das matte Wortgeplänkel, mit dem einige linke Demagogen ihre Unterwerfung unter die Koalitionspolitik verschleiern wollen, auf den festen Willen des Parteivorstandes zum Koalitionsvertrag nicht im geringsten Einfluß ausüben konnte. Der Eintritt in die Regierung wird bedingungslos vollzogen. Der Vorwärts schreibt:

„Auch darüber herrscht im Parteiausschuss so gut wie Einmütigkeit, daß mit einem wochenlangen Hin- und Hergerren und in mehr oder weniger verwaschenen Formulierungen dem Volke wenig gedient ist. Sicherungen, Bindungen, Garantien, Besprechungen bedeuten weniger als nichts, wenn nicht der gute Wille dahinter steht, sie auch zu halten.“

Aus dem sozialdemokratischen Rauberwelsch in proletarisches Deutsch überetzt: Die sozialdemokratische Bürokratie geht bedingungslos in die Große Koalition. Sie wird vor ihrem Eintritt auch nicht den geringsten Versuch machen, Garantien für die parlamentarische Durchsetzung auch nur iener Forderungen zu geben, mit denen sie die Arbeitermassen im Wahlkampf gelobt hat. Und in der Regierung selbst werden die sozialdemokratischen Minister, so gut sie es können und solange die Bourgeoisie es ihnen erlaubt, die Politik der alten Regierung des Bürgerblocks weiterführen.

Aber da man den Arbeitermassen doch irgend etwas versprechen muß, hat das sozialdemokratische Zentralorgan erdacht, daß die neue Regierung unter einem besonders glücklichen Stern geboren ist — sie steht außer Zeit und Raum, für sie gelten ganz andere Gesetze als für alle anderen Regierungen, mit denen die Hindenburgrepublik das deutsche Volk bisher beglückt hat. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Da auch die anderen Parteien, sowohl die in der Regierung befindlichen als auch die der Opposition, ohne Wähler aus den breiten Massen nicht existieren können, wird es ihnen nicht leicht sein, sich der sozialdemokratischen Initiative zu entziehen.“

Nach diesem sozialdemokratischen Rezept müßte es für ewig ein dunkles Geheimnis bleiben, wieso denn überhaupt die reaktionären bürgerlichen Parteien noch Millionen von Wählern aus den breiten Massen des werktätigen Volkes mit sich führen können. Was der „Vorwärts“ hier zu verschleiern versucht, das ist das „Geheimnis“ der bürgerlichen Demokratie. Das ist das betrügerische parlamentarische System, das den Massen scheinbare politische Freiheit gibt, während es die entscheidende Macht bei Bourgeoisie und ihrem Staate konzentriert. Dieselbe bürgerliche Demokratie gibt der Bourgeoisie die Möglichkeit, Millionen von Werktätigen vorzutäuschen, daß ihrem Willen, der bei den Wahlen zum Ausdruck kam, Rechnung getragen wird, während tatsächlich die Macht nach wie vor in den Händen derselben Teile der Bourgeoisie bleibt, wie vordem — mit dem Unterschied, daß ihre Macht von der sozialdemokratischen Parteilähne verdeckt wird. Herr Hermann Müller tut so, als ob er das Kunststück fertig bringen wollte, Demokraten, Deutsche Volkspartei und

logar die Deutschnationalen zu einer Politik für die werktätigen Massen zu bewegen. Aber er macht nur so, als ob er es tun wollte. In Wirklichkeit kennt er keine Pappentimer von der Deutschen Volkspartei und im Zentrum. Die Lafaien kennen ihre Herren. Und die Herren sind mit der Art, wie der sozialdemokratische Parteivorstand die werktätigen Massen einseitig einverleihen. Das beweist die einmütige Zustimmung der ganzen Bourgeoisie von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten zu den Beschlüssen des Kölner Parteiausschusses.

Der „Vorwärts“ wendet sich auch an die Kommunisten: „Vielleicht erleben wir dabei auch bald den Tag, an dem auch die Kommunisten vor der Wahl stehen, entweder für bestimmte Regierungsvorlagen zu stimmen oder aber sich vor den eigenen Wählern gründlich lächerlich zu machen.“

Vielleicht kommt es aber auch etwas anders, können wir erwidern. Vielleicht erleben wir auch bald den Tag, an dem die Sozialdemokraten im Reichstag vor der Wahl stehen, entweder für einige oder viele ihrer eigenen Anträge in dem verfluchten Bürgerblockparlament zu stimmen, oder aber dem demokratischen zu beweißen, daß sie Vertreter der Existenzforderungen der werktätigen Massen sind.

In wenigen Tagen wird die Große Koalition gebildet sein. Die Regierung des Bürgerblocks hat ihre würdige Nachfolgerin gefunden. Der deutschen Arbeiterklasse wird nochmals Gelegenheit geboten, die Segnungen der Koalitionspolitik an ihrem eigenen Leide zu erfahren. Die kommunistische Partei sieht es als ihre entscheidende Aufgabe in der gegenwärtigen Situation an, die werktätigen Massen, gerade auf Grund dieser Erfahrungen, aus dem Sumpf der bürgerlichen Demokratie und der Koalitionspolitik auf den Weg des revolutionären Kampfes um die Arbeiter- und Bauernregierung zu führen.

### 5 zu 55

#### Toni Sender zeigt die Linie

R. R. Das Berliner Tageblatt verkündet, daß der Parteiausschuss der SPD in Köln seinen Beschluss, den wir gestern schon veröffentlichten, mit 55 gegen 5 Stimmen gefasst hat. Die sogenannte Opposition war also sehr gering. Nur 5 von 60 Stimmen gegen die Erklärung auf Regierungsbeteiligung. Schon diese Tatsache ist für die Arbeiter, und gerade für die sächsischen Arbeiter, außerordentlich beachtlich. Dieses Abstimmungsresultat bestätigt noch mehr wie der Kölner Parteitag, daß die sächsischen „Linken“ in der SPD absolut bedeutungslos sind, trotz der großen Worte Bielezigs, daß sie die Partei auf den Weg des Klassenkampfes zurückzuführen wollten. Die sächsischen Führer verkünden den Arbeitern immer wieder, sie werden die große Sozialdemo-

kratische Partei auf die Linie der „Linken“ führen. Die Abstimmung in Köln enthüllt vor der ganzen Arbeiterklasse die großen Worte als leeres Geschwätz. Die SPD ist nicht erst seit heute entschlossen, sondern sie führt seit Jahren die gleiche Politik wie die KSP in Sachsen. Alle Redensarten der sächsischen Führer, die dies zu verschleiern suchen, sind nur Manöver gegen die Arbeiter, die mit der Koalitionspolitik der SPD nicht einverstanden sind. Die besondere Lage der Verhältnisse in Sachsen, das Abplittern der KSP und deren Wirken in der Landespolitik, insbesondere aber noch die Tatsache, daß die SPD sich seit 1924 auch im Reich in Opposition befindet, ermöglichen es den sächsischen SPD-Führern, durch eine oppositionelle Stellung im Landtag das Spiel nach außen hin noch mehr zu verschleiern. Im Grunde steht die gesamte sächsische SPD-Führerschaft auf der Basis des Parteivorstandes. Auch sie kämpfen im proletarischen Diktatur ab. Sie kämpfen am gegenseitigen gegen den Staat der proletarischen Diktatur, Sowjetrußland. Sie unterstützen in den Gewerkschaften offen und klar die Arbeitsgemeinschaftspolitik und das Schlichtungswesen. Sie sprechen jähred vor den harten Tatsachen der proletarischen Revolution. Was sie in Köln veranlaßte, gegen den Beschluss zu stimmen, das war nicht grundsätzliche Stellung gegen die Koalition, sondern das Bedürfnis, die Politik des Betrugs und Verrats noch einige Tage weiter fortsetzen zu können.

In wenigen Tagen wird die Frage der Regierungsbildung entschieden sein. Schon schreibt das Berliner Tageblatt: „Die Regierungsbildung wird aller Wahrscheinlichkeit nach sehr rasch vor sich gehen.“ Diese Feststellung des sächsischen gutinformierten Blattes zeigt, daß die Ziererei, die die SPD-Führer noch anstellen, nur zum Zwecke der Täuschung aufgeführt wird. Schon der Kölner Parteiausschuss wurde vom Pressebüro der SPD in einer sehr demagogischen Weise kommentiert. Der Pressebüro der SPD schrieb dazu, mit den persönlichen Fragen habe sich der Parteiausschuss nicht zu beschäftigen, das sei Sache der Reichstagsfraktion. Dann bekamen die „Linken“ ihr Stichwort prämiiert: „Es werden Erörterungen notwendig sein über die Frage der Arbeitszeit, der Reichswehr, der Wahlreform, der Amnestie und vieler anderer Dinge.“ Die „Möglichkeit“ eines Regierungsprogramms wird angefündigt. Dann aber wird eines Regierungspolitikers nicht zu beschäffigen, das sei Sache der Reichstagsfraktion. Dann bekamen die „Linken“ ihr Stichwort prämiiert: „Es werden Erörterungen notwendig sein über die Frage der Arbeitszeit, der Reichswehr, der Wahlreform, der Amnestie und vieler anderer Dinge.“ Die „Möglichkeit“ eines Regierungsprogramms wird angefündigt. Dann aber wird eines Regierungspolitikers nicht zu beschäffigen, das sei Sache der Reichstagsfraktion. Dann bekamen die „Linken“ ihr Stichwort prämiiert: „Es werden Erörterungen notwendig sein über die Frage der Arbeitszeit, der Reichswehr, der Wahlreform, der Amnestie und vieler anderer Dinge.“ Die „Möglichkeit“ eines Regierungsprogramms wird angefündigt. Dann aber wird eines Regierungspolitikers nicht zu beschäffigen, das sei Sache der Reichstagsfraktion.

Auf dieser Linie vollführt auch gestern die „linke“ Toni Sender die Ueberleitung der sächsischen SPD und ihrer Wählerchaft auf die Basis der Koalitionsregierung. Toni Sender schreibt einen Artikel, den die Dresdener Volkszeitung „Die Lage“, die Chemnitzer Volksstimme „Wie verstärken wir unsere Macht“ überschreibt. Toni Sender verkündet, daß die Kombinationen über die Regierungsbildung begonnen haben, daß die bürgerlichen Parteien, denen dies doch am meisten angehe, schweigen. Der Bürgerblock sei zerfallen. Sie stellt dann die Frage, wie das Politbüro des Reichstages (für die SPD) keinen politischen Ausdruck finden solle. Man habe von verschiedenen Seiten die Antwort rasch zur Hand: „Weg mit dem Bürgerblock“ bedeutet: „Hinein mit der Sozialdemokratie in die Regierung.“ So einfach sollte aber ein erster Schritt die Frage nicht stellen. Wenn die Sender damit logen wollte, daß durch den Eintritt der SPD in die Regierung der Bürgerblock keineswegs beseitigt sei, dann hätte sie recht. Aber diese Sprache vermag die Sender nicht zu führen. Ihre Bemerkung soll nur bezwecken, die Arbeiter glauben zu machen, es bestiehe bei der SPD noch gar nicht

### Neue Ammoniak-Explosion

5 Personen verletzt

Gestern vormittag ereignete sich in Lichterfelde bei Berlin ein neues Explosionsunglück, das an die furchtbare Katastrophe in der Landshower Allee erinnert. Die Ammoniak-Explosion ereignete sich in einem Schlächterladen im Hause Elisabethstraße Nr. 17a. Um die fragliche Zeit befanden sich im Laden die Frau des Schlächtermeisters und drei Kundinnen. Kurz vor 11,30 Uhr ertönte plötzlich eine donnerstschmetternde Detonation, die mit dem Entweichen harter Ammoniakdampfen verbunden war. Die Schaufensterscheibe des Schlächterladens wurde durch den Aufschlag auf die gegenüberliegende Straßenseite geschleudert und zerplittert in tausend Scherben. Schreiend stürzten die im Laden befindlichen Frauen auf die Straße, auf der sich zum Glück keine Passanten befanden. Die Frau des Schlächtermeisters trug einen schweren Kessenschlag davon und hat sich durch das Einatmen giftiger Gase schwere gesundheitliche Schädigungen zugezogen. Die Vermütungen in dem Schlächterladen waren grauenvoll. Durch die Wucht der Explosion im Keller wurde in den Boden des Verkaufsladens ein Loch von wenigstens drei Meter Durchmesser gerissen. Die hochliegenden Steine zertrümmerten zum Teil auch die Decke des Ladens. Im Treppenhause des Wohnhauses löste eine ganze Wand nahezu völlig ein. Die Ladeneinrichtung ist nur noch ein einziges Chaos. Der im Keller arbeitende Gelelle erhielt einen schweren Stein Schlag in den Rücken und wurde ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der Schlächtermeister selbst kam mit dem bloßen Schrecken davon.

Das Unglück ist auf einen Heberdruck des Aessels im Kühlapparat zurückzuführen.

### Jörgiebel verbietet

Berlin, 8. Juni. (Eig. Draht.)

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel hat folgendes Schreiben an die Bezirksleitung der KPD und der Gau-Führung des KFB Berlin gefandt:

„Hiermit verbiete ich geschlossene Annäherungen aus Anlaß der am Freitag dem 8. Juni im Sportpalast stattfindenden Amnestiefeier und der sozialdemokratischen Parteiverammlung damit kehrende Umzüge auf Grund Artikel 123 Abs. 2 der Reichsverfassung wegen unmittelsbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.“

Der „Volkswagen“ forderte gestern wegen der Vorfälle vor der Volkshaus, zunächst einmal jeden Hebergriff der Kommunisten im Reize zu ertönen. Das deutschnationale Blatt gibt den Befehl und der sozialdemokratische Polizeipräsident führt denselben prompt durch. Der Polizeipräsident Jörgiebel wird aber trotzdem den Kampf der Arbeiter gegen die Koalition, gegen den Polizeiterror und Faschismus nicht abklingen lassen. Im Gegenteil: Jörgiebel zeigt, welche arbeiterfeindliche Absichten am Baume der sozialdemokratischen Koalitionspolitik reifen.